

22. Kölner Versicherungssymposium

Das Thema „Die Zukunft der Altersvorsorge – neue Herausforderungen – neue Konzepte“ und die prominenten Redner lockten am 16. November 2017 circa dreihundert Gäste in die Aula der TH Köln. In seinem Grußwort wies der Vizepräsident der TH **Professor Dr. Klaus Becker** auf eine der Herausforderungen der Altersvorsorge hin, nämlich den demographischen Wandel. Neben Klimawandel, Energieversorgung und Ernährungssicherheit sei der demographische Wandel eines der Kernthemen der Forschungsstrategie der TH. Der fachliche Teil des Symposiums startete mit einer kurzen Einführung in die Thematik. Hierbei betonte **Professor Dr. Oskar Goecke** den politischen Handlungsbedarf, denn im internationalen Vergleich sei das deutsche System der Alterssicherung eher Mittelmaß. Mit Blick auf die kapitalgedeckte Altersvorsorge müsste stärker das Ziel einer fairen Beteiligung der Vorsorgesparer am Produktivkapital ins Auge gefasst werden; die Fokussierung auf die Kapitalanlage in Nominalpapiere bedeute im Grunde eine Umverteilung von unten nach oben.

Professor Dr. Bert Rürup, Präsident des Handelsblatt Research Institute und langjähriger Vorsitzender des Sachverständigenrats, begann seinen Vortrag mit einem Gedankenexperiment: Wie würde Robinson Crusoe seine Altersvorsorge gestalten? Solange es keinen deutlich jüngeren Freitag gibt, ist ein Umlagesystem nicht denkbar. Also bliebe ihm nur die Realkapitalbildung, was allerdings angesichts der unsicheren Lebenserwartung auch nicht wirklich zielführend sei. Das Beispiel mache klar, dass das Individuum nicht effizient Altersvorsorge betreiben könne. Mit Blick auf das Thema seines Vortrags (Was ist zu tun, um die Altersvorsorge für die jetzt aktiven Arbeitnehmer zu sichern?) wies Rürup zunächst darauf hin, dass die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) auch in der Vergangenheit niemals Lebensstandard-sichernd war. Für viele Zuhörer überraschend war sein Hinweis, dass im Vorfeld des Altersvermögensgesetzes eine obligatorische Riesterrente erwogen wurde. Durch den Verzicht auf das Obligatorium wurde, so Rürup, die Riesterrente zu einem Push-Produkt mit den entsprechenden negativen Folgen. Die vorrangige Aufgabe sei es, die Armutsfestigkeit der gesetzlichen Rente zu erhöhen. Wer nämlich damit rechnen muss, im Alter auf staatliche Fürsorge angewiesen zu sein, werde keine Motivation haben, zusätzlich vorzusorgen. In diesem Zusammenhang kritisierte Rürup das starre Festhalten am Äquivalenzprinzip in der GRV und die unklare Zuordnung der Bundeszuschüsse zur GRV. Da durch Umlage finanzierte Renten zwingend mit Lohnsummenrisiken behaftet seien, wäre ein Mischsystem (Umlage plus Kapitaldeckung) einem reinen Umlagesystem vorzuziehen. Zudem beobachte man seit 25 Jahren einen Rückgang der Lohnquoten, was die Finanzierungsbasis der Umlage geschwächt habe. Positiv sieht Rürup die Neuerungen durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz. Auch sieht er positive Aspekte der „Deutschlandrente“, die jedoch nicht von der Deutschen Rentenversicherung sondern von einer gemeinnützigen Stiftung des öffentlichen Rechts verwaltet werden sollte. Zum Abschluss seines lebhaften Vortrags wies Professor Rürup darauf hin, dass es keine endgültigen Rentenreformen geben könne, vielmehr sei

Rentenpolitik ein stetes Nachsteuern auch im Hinblick auf geänderte Gerechtigkeitsvorstellungen – und das sei auch gut so.

Die Zukunft der Altersvorsorge – Welchen Beitrag kann die private Versicherungswirtschaft leisten? – mit dieser Frage setzte sich **Roland Weber**, Vorsitzender der Deutschen Aktuarvereinigung und Vorstand der Debeka, auseinander. Zunächst beleuchtete Weber drei Facetten des schwierigen Umfelds in Deutschland. Zum einen die geringe Bereitschaft der Deutschen, für das Alter vorzusorgen: Unter 14 wichtigen Industrieländern rangiert Deutschland auf dem letzten Platz, wenn man die pro Kopf Beiträge zu Lebensversicherungsverträgen vergleicht. Zum anderen die offensichtlichen demographischen Probleme. Zum Dritten das extrem niedrige Zinsniveau in Verbindung mit dem nur langsam sinkenden Garantiezins der deutschen Lebensversicherer. Weber äußerte sich sehr skeptisch im Hinblick auf die derzeit diskutierte Deutschlandrente; Umfragen des Deutschen Instituts für Altersvorsorge zeigten, dass 63 Prozent der Befragten sicher sind oder es für wahrscheinlich halten, dass der Staat in Notzeiten Mittel aus einem Deutschland-Fonds zweckentfremdet verwenden würde. Auch bewertet Weber die Erfahrungen mit Staatsfonds anderer europäischer Länder sehr kritisch. Deutlich wehrte sich Weber auch gegen den häufig geäußerten Vorwurf, dass die Lebensversicherer mit zu hoher Lebenserwartung kalkulieren. Sehr dezidiert wies Weber überzogene und unhaltbare Kritik an den Riesterverträgen zurück. Gerade für die Geringverdiener lohne sich das „Riestern“, so flössen 63 Prozent aller Zulagen an Personen mit einem Einkommen unter 30.000 Euro. Weber griff auch die aktuelle Diskussion um den Verkauf von Lebensversicherungsbeständen auf. Damit neben der gesetzlichen Rentenversicherung auch eine starke Säule der privaten und betrieblichen Altersversorgung aufgebaut werden könne, müssten einige Rahmenbedingungen verbessert werden. Hierzu zählen Anpassungen der Regelungen zur Zinszusatzreserve, Vereinfachungen im Zulageverfahren der Riesterreente sowie der Abbau der Doppelbelastung durch Sozialversicherungsbeiträge in der betrieblichen Altersversorgung.

Axel Kleinlein, Vorstandssprecher des Bundes der Versicherten, erörterte das Thema des Symposiums aus Sicht des Verbraucherschutzes. Eine wesentliche neue Herausforderung sah er darin, dass das Vertrauensdreieck der Lebensversicherung mittlerweile zu einem „Misstrauensdreieck“ geworden sei. Im Verhältnis von Versicherungsunternehmen und Versicherungsnehmern überwiege das Misstrauen verursacht durch Intransparenz und eine nicht nachvollziehbare Überschussbeteiligung. Die Diskussionen um Run-Offs beziehungsweise den Verkauf von Versicherungsbeständen dienten ebenfalls nicht dem Vertrauensverhältnis. Versicherungsnehmer würden auch den Vermittlern eher misstrauisch gegenüberreten, da Interessenkonflikte aufgrund der Provisionszahlungen bestünden. Die Herausforderungen für die Lebensversicherungsunternehmen sind nach Auffassung von Kleinlein sämtlich hausgemacht, nämlich verursacht durch eine falsche Produktpolitik, Überschusspolitik, Provisionspolitik und Kapitalanlagepolitik. In der Konsequenz gelte seiner Meinung nach die deutsche Lebensversicherung nicht mehr als vertrauenswürdiger Partner der Altersvorsorge. Für die Zukunft sehe er aber eine Reihe positiver Konzepte, wie zum Beispiel die Deutschlandrente, das

„Schwedische Modell“ sowie die Überlegungen zu einem paneuropäischen Pensionsprodukt (PEPP).

Mit besonderer Spannung wurde von den Zuhörern der Vortrag des Hessischen Staatsministers für Finanzen, **Dr. Thomas Schäfer**, erwartet, denn sein Thema, „Die Deutschlandrente“, war von allen Vorrednern angesprochen worden. Zunächst unterzog Dr. Schäfer die Ausgangslage (sinkendes Sicherungsniveau bei steigendem Beitragssatz in der GRV, geringer Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland, hohe Kosten bei privatwirtschaftlichen Riesterprodukten, geringe Renditen durch eine falsche Anlagestrategie) einer kritischen Analyse. Hieran anknüpfend stellte er die Kernelemente der Deutschlandrente zur Diskussion. Ein wichtiges Element sei das „Opt-out“-Prinzip, wonach jeder Arbeitnehmer eine zusätzliche kapitalgedeckte Rente aufbaut, wenn dieser nicht ausdrücklich dem widerspreche. Wichtig sei ferner ein möglichst kostengünstiges Verwaltungssystem erforderlich und es sei sicherzustellen, dass faire Wettbewerbsbedingungen zwischen staatlich organisiertem Pensionsfonds und privaten Anbietern bestünden. Bemerkenswert war auch sein Hinweis, dass die Garantievorgaben für Riesterverträge gestrichen werden sollten. Begründet wurde dies mit dem Hinweis, dass Garantien ohnehin keine absolute Sicherheit böten und dass bei einer langfristigen Kapitalanlage die Volatilität der Aktienanlage kaum eine Rolle spiele.

Zum Abschluss des Symposiums moderierte **Philipp Krohn**, Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, eine Podiumsdiskussion mit den Referenten. Im Mittelpunkt der Diskussion standen dabei die Run-Offs beziehungsweise der Verkauf von Lebensversicherungsbeständen und die Deutschlandrente. Dr. Schäfer trat dabei den Befürchtungen entgegen, dass die angesparten Mittel für die Deutschlandrente nicht hinreichend vor dem staatlichen Zugriff geschützt werden könnten. Beklagt wurde von den Teilnehmern, dass es derzeit kein einfaches Standardprodukt für die Altersvorsorge gebe; auf Nachfrage äußerte sich Weber skeptisch zu den Mehrtopf-Hybrid-Modellen.